

Beschluss der KDV Neukölln vom 16.06.2017

Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:



Beweislastumkehr bei der Mietpreisbremse

KREIS NEUKÖLLN

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die Vertreter des Berliner Senats im Bundesrat werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bei der Mietpreisbremse eine Beweislastumkehr vom Mieter auf den Vermieter hinsichtlich der Einhaltung der Mietpreisbremse bei Neuvermietungen eingeführt wird und die Transparenz (Höhe der Miete des Vormieters und aktueller Mietpreisspiegel) durch eine verpflichtende Ausweisung im Mietvertrag verbessert wird. Es ist darauf zu achten, dass sich dadurch keine Nachteile für Mieterinnen und Mieter ergeben.

Begründung:

Auch wenn die Mietpreisbremse als ein Erfolg der SPD-Beteiligung an der Bundesregierung zu werten ist, so sind zuletzt auch die Defizite der geltenden Regelung offenkundig geworden. Nur durch eine Erhöhung der Transparenz und eine rechtliche Verpflichtung des Vermieters können wir gewährleisten, dass die Mietpreisbremse in Zukunft in der Breite Wirkung zeigt. Die individuelle Unkenntnis auf Seiten der Mieter hinsichtlich der rechtlichen Regelung wirkt sich als gesamtgesellschaftliches Problem in Form steigender Mieten aus. Dieses Problem kann nur durch eine Beweislastumkehr behoben werden.